

Kosten-Nutzen-Analysen als Beurteilungsinstrument in der Prävention

Stephan Thomsen

Der 20. Deutsche Präventionstag 2015 widmet sich im Schwerpunkt den Fragen zur „Ökonomie der Kriminalprävention“ und hat im Vorfeld ein Gutachten „Kosten und Nutzen von Prävention in der ökonomischen Analyse“ in Auftrag gegeben. Der folgende Beitrag basiert auf dem Gutachten und fasst wichtige Ergebnisse zusammen. Die ökonomische Betrachtung von Prävention, d. h. insbesondere die Herausarbeitung ihrer Erträge bei gleichzeitiger Berücksichtigung ihrer Kosten, leistet einen Beitrag zum Verständnis sowie auch zur Begründung des Präventionsansatzes und ergänzt die Erfahrungen und Erkenntnisse zum gesellschaftlichen Nutzen und zur Wirksamkeit der vielfältigen Präventionsarbeit.

Im Jahr 2013 wurden deutschlandweit laut Polizeilicher Kriminalstatistik knapp 2,4 Millionen Diebstähle gemeldet (Bundesministerium des Innern, 2014). Gleichzeitig wurden etwa 47 000 Fälle von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erfasst. Die Zahl der gemeldeten Morde und Totschläge lag bei 2122. Welchen Schaden fügen diese Straftatbestände unserer Gesellschaft zu? Ist der Schaden durch Mord und Totschlag größer als der Schaden, der durch die Diebstähle entsteht? Um diese Fragen systematisch zu beantworten, müssten die Schäden bzw. ihre Kosten zunächst vergleichbar gemacht, d. h. in einer einheitlichen Einheit (z. B. Geldeinheiten) gegenübergestellt werden. Dieser Kostenvergleich hilft dann auch, um eine weitere Frage zu beantworten: Welchen Aufwand sollte der Staat betreiben, um die jeweilige Kriminalität einzudämmen? Neben der Feststellung der Kosten der Taten erfordert ihre Beantwortung die Ermittlung der Kosten-Nutzen-Relationen durch präventive und kriminalpolitische Maßnahmen. Aufgrund beschränkter öffentlicher Mittel müssen außerdem die Kosten-Nutzen-Relationen alternativer Verwendungen diese Budgets in die Entscheidung einbezogen werden.

Aber wieso sollen Kriminalität oder ihre Prävention überhaupt ökonomisch, d. h. insbesondere monetär, gemessen werden? Ökonomen dürften von dieser Frage kaum überrascht sein. Gegenstand der Volkswirtschafts-

lehre ist die Allokation, d. h. die Ver- bzw. Aufteilung knapper verfügbarer Ressourcen auf die gesellschaftlichen Erfordernisse. Um eine Grundlage für diese Entscheidungen zu bekommen, ist die Umrechnung der Kosten und Erträge öffentlicher, aber auch privater Interventionen in eine einheitliche Dimension sinnvoll. Monetäre Größen haben hierbei zugleich den Vorteil, einen Vergleich über verschiedene Handlungsfelder hinweg zu erlauben. Das wirtschaftswissenschaftliche Instrumentarium stellt somit einen Ansatz dar, um die Vor- und Nachteile bestimmter Programme oder Interventionen gegenüber alternativen Verwendungen (einschließlich der Option, gar nichts zu tun) vergleichbar zu machen.

Kosten-Nutzen-Analysen werden vor allem in der angelsächsischen Welt seit vielen Jahrzehnten eingesetzt. In den USA werden sie spätestens seit Mitte der 1990er-Jahre auch in der Kriminologie für die Beurteilung von präventiven und repressiven Maßnahmen eingesetzt. Die Begründung ist hierbei recht einfach: Staatliche Eingriffe führen zu Änderungen im Verhalten der (Wirtschafts-)Akteure und haben damit einen direkten Einfluss auf den heutigen und insbesondere den zukünftigen Wohlstand einer Nation. Unter der Prämisse, dass staatliche Eingriffe – z. B. durch steuer- oder gebührenfinanzierte Programme oder aber das Setzen von Rahmenbedingungen durch Gesetze und Verordnungen – zu einer Wohlstands-

verbesserung führen sollen, ist die Wohlstands- oder Nutzenabwägung naheliegend. Dies gilt in zweierlei Hinsicht: Auf der einen Seite soll so das Risiko eines möglichen Schadens durch die politische Entscheidung minimiert werden. Auf der anderen Seite sollen knappe öffentliche Ressourcen in möglichst effizienter Weise auf die verschiedenen Alternativen aufgeteilt werden. Effizient bedeutet dabei, eine möglichst große Wirkung bei einem bestimmten Einsatz von Mitteln bzw. den geringsten Mitteleinsatz für eine bestimmte Wirkung der Intervention zu erreichen.

Sechs Anforderungen einer Kosten-Nutzen-Analyse

Obgleich diese Überlegungen auf den ersten Blick sehr sinnvoll und nachvollziehbar erscheinen, ist die Umsetzung von Kosten-Nutzen-Analysen in der Praxis schwierig. Dies wird deutlich, wenn man die sechs Schritte ihrer Durchführung betrachtet (vgl. Barnett, 1993):

1. Festlegung des Gültigkeitsbereichs,
2. Beschaffung von Schätzergebnissen über die Programmwirkungen,
3. Quantifizierung des Nutzens und der Kosten in monetären Größen,
4. Berechnung des Gegenwartswerts und Beurteilung der Wirtschaftlichkeit,
5. Identifizierung der Verteilung von Kosten und Nutzen,
6. Überprüfung der Robustheit der Implikationen und Schlussfolgerungen durch Durchführung einer Sensibilitätsanalyse (*sensitivity analysis*).

Insbesondere auf die ersten drei Schritte will ich hier näher eingehen, da sie fundamentale Voraussetzungen für die Umsetzung sind. Durch die Festlegung des Gültigkeitsbereichs der Analyse wird zunächst deren Blickwinkel bestimmt. Er definiert den Horizont des einzubeziehenden Nutzens und die Grenzen des Vergleichs. Eine klare und eindeutige Festlegung des

Blickwinkels ist daher wesentliche Voraussetzung für die Abgrenzung der erforderlichen Informationen, aber auch für die Interpretation der Ergebnisse und die Beurteilung des Projekts.

Ermittlung von Programmwirkungen

Entscheidende Voraussetzung für eine aussagekräftige Kosten-Nutzen-Analyse ist die Beantwortung der Frage, ob das Projekt bzw. Programm wirkt. Hierzu muss die Wirkung des Programms gegenüber der Situation geschätzt werden, die ohne das Programm eingetreten wäre. Dabei ist zu vernachlässigen, ob auch ohne Programm ein gewisser Erfolg entstanden wäre oder nicht, da nur der zusätzliche Erfolg zu ermitteln ist. Dieser zusätzliche Erfolg (oder Misserfolg) wird als kausaler Effekt des Programms bezeichnet. Das fundamentale Problem der Evaluation ergibt sich nun daraus, dass der zusätzliche Erfolg (*Treatmenteffekt*) durch das Programm nicht direkt beobachtbar ist. Da jede Situation zum selben Zeitpunkt nur einmal und damit nur in einem bestimmten Zustand beobachtet werden kann (z. B. die Zahl der Autodiebstähle in Region X im Zeitraum Y), ist die Änderung des Zustands, die allein durch die Intervention entstanden ist, nicht direkt bestimmbar.

Um dieses Problem zu lösen und den Programmeffekt zu schätzen, gibt es eine Reihe verschiedener Evaluationsmethoden. Die Auswahl des für den Untersuchungszweck geeigneten Verfahrens hängt neben der Fragestellung und dem Zuweisungsmechanismus von der Art und der Qualität der verfügbaren Daten ab.

Aus der Fragestellung (z. B. Ziel des Präventionsprogramms) ergibt sich zudem ein klarer Hinweis auf den Parameter, der ermittelt werden soll. Sie definiert zugleich mehr oder weniger exakt die Vergleichsgruppe, die zur Approximation des kontrafaktischen Ergebnisses (d. h. des hypothetischen Ergebnisses ohne Intervention) gesucht werden muss. Hierbei ist zu klären, ob überhaupt Informationen über eine Vergleichssituation vorhanden sind, um die Situation ohne Intervention abzubilden. Zudem könnten diese Informationen eventuell unvollständig sein. Außerdem haben die Daten einen entscheidenden Einfluss auf die Wahl und die Aussagekraft der Ergebnisgröße, die wiederum die Dimension

des geschätzten Effekts bestimmt. Wie die kontrafaktische Situation aussieht, d. h. was als potenzielle Kontrollsituation genutzt werden kann, hängt daneben vom Zuweisungsmechanismus und damit der Reichweite ab, mit der die Intervention durchgeführt wird.

Aufbauend auf diesen Anforderungen wurde in den vergangenen drei Jahrzehnten in den Wirtschaftswissenschaften ein Instrumentarium entwickelt, das eine objektive und sachgerechte Identifikation von Wirkzusammenhängen ermöglichen kann. Diese Form der Kausalanalyse versucht dabei in rigoroser Weise, Ursache und Wirkung von allen übrigen Einflüssen zu isolieren. Daher wird von einer „*Glaubwürdigkeitsrevolution in der empirischen Wirtschaftsforschung*“ gesprochen (vgl. Angrist und Pischke, 2010). Ein solches Vorgehen ist in den Naturwissenschaften seit Langem verbreitet. Um die Wirkung einer Intervention auf eine Zielgröße zu ermitteln, die nur auf die Intervention zurückzuführen ist, werden dort in der Regel im Labor unter idealen experimentellen Voraussetzungen alle weiteren Einflusskanäle kontrolliert bzw. ausgeschaltet. Die Änderung der Zielgröße ist dann allein auf den Umfang (z. B. in Zeit oder Intensität) der Intervention zurückzuführen. Für gesellschaftswissenschaftliche Fragestellungen bietet die einschlägige Literatur heute eine Vielzahl unterschiedlicher Schätzverfahren zur Ermittlung der Treatmenteffekte. Die wesentlichen Unterschiede der Verfahren liegen dabei in der Art und der Strenge der getroffenen Annahmen zur Identifikation der kausalen Effekte.

Diese Hinweise machen deutlich, dass bereits die aussagekräftige Ermittlung der Programmwirkungen als Basis für die Kosten-Nutzen-Analysen sehr aufwendig ist. Um eine sorgfältige Evaluation von Projekten und Programmen zu gewährleisten, sollte sie schon vor Beginn der Durchführung der Aktivitäten geplant werden. Hierdurch kann eine aussagekräftige und wirtschaftliche Ermittlung der Wirkungen mit größerer Wahrscheinlichkeit und zeitnah erreicht werden.

Bestimmung und Zuordnung von Kosten und Nutzen

Die Schätzung und Zuordnung von monetären Größen zum Programmnutzen ist der schwierigste Schritt in-

nerhalb einer Kosten-Nutzen-Analyse (Dossetor, 2011). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Kosten und Nutzen in einer inversen Beziehung stehen: Die Kosten der Kriminalität entsprechen dem Nutzen für die Gesellschaft, der durch Verhinderung bzw. Reduzierung dieser Kriminalität entsteht. Für die richtige Zuordnung des Nutzens müssen dementsprechend diejenigen, die die Kosten der Kriminalität tragen, identifiziert werden. Hierbei fallen Kosten und Nutzen in der Regel verschiedenen Gruppen zu: Steuerzahler, Kriminalitätsoffer, Täter, öffentliche Einrichtungen (z. B. Polizei und Strafverfolgungsbehörden) usw.

Die gesamten durch Kriminalität verursachten Kosten können niemals vollständig erfasst werden. Bereits die Erfassung der materiellen Schäden erweist sich als schwierig. Hinzu kommen aber noch die vielfältigen immateriellen Kosten, die in der Regel noch problematischer in ihrer Erfassung sind. Darüber hinaus würde die vollständige Abbildung der Kosten auch die Berücksichtigung von Anstoßeffekten oder Dominoeffekten erforderlich machen.

Während die Berücksichtigung von Anstoßeffekten in einer Kosten-Nutzen-Analyse aufgrund der hohen Dimensionalität und damit kaum erfassbaren Informationslage in der Regel ausgeschlossen werden muss, wurden in den vergangenen Jahren einige Anstrengungen unternommen, um neben materiellen auch immaterielle Kosten der Kriminalität einzubeziehen. Materielle Kosten der Kriminalität umfassen hierbei z. B. Kosten der medizinischen Versorgung, der Polizei und des Justizsystems oder entgangene Löhne. Auch wenn diese auf den ersten Blick einfach messbar erscheinen, liegen verfügbare Daten in der Regel nicht in standardisierter Form vor bzw. werden kaum erfasst. Aber selbst das Vorliegen dieser Informationen gewährleistet noch keine Zuordnung zu einer einzelnen Straftat bzw. auf ein bestimmtes Opfer. Wenn überhaupt, werden diese Informationen in der Regel in aggregierter Weise und für andere Zwecke erstellt (z. B. für die Finanzverwaltung).

Die immateriellen Kosten umfassen physische und psychische Beeinträchtigungen, wie Furcht, Leid, Schmerz und Verlust von Lebensqualität (Cohen, 2000). Sie variieren gegenüber den materiellen Kosten zugleich stär-

ker zwischen den Individuen (Cohen et al., 2004). Immaterielle Kosten der Kriminalität tragen dabei neben den tatsächlichen Opfern auch die möglichen Opfer sowie die Gesellschaft insgesamt. Die potenziellen Opfer leiden unter erhöhter Furcht, die sich in Abwehr- und Ausweichverhalten manifestieren kann.

Da für diese Dinge in der Regel keine Marktpreise verfügbar sind, werden in der Literatur verschiedene Verfahren zur Messung der immateriellen Kosten vorgeschlagen. Diese versuchen, die Kosten entweder direkt oder indirekt zu bestimmen. Zu den direkten Methoden zählen die Durchführung von Opferbefragungen und Viktimisierungsstudien oder auch die Analyse des Budgets der Strafjustizbehörden, die annahmegemäß in einem bestimmten Verhältnis zu den Kosten der Kriminalität stehen. Indirekte Methoden versuchen hingegen, die immateriellen Schäden der Kriminalität durch Eigentumswerte oder die gerichtlich zugesprochenen Schadensersatzansprüche zu bewerten.

Aufgrund der schwierigen Messung und der Datenlücken wurden die immateriellen Kosten der Kriminalität in frühen Kosten-Nutzen-Analysen nicht berücksichtigt. Da das Verhältnis von materiellen und immateriellen Kosten aber je nach Art des Delikts variiert, stellt dies eine große Einschränkung für die Interpretation der Ergebnisse dar. So sind die Sachkosten eines Autodiebstahls (materielle Kosten) in der Regel recht hoch, die mit dem Diebstahl verbundenen immateriellen Schäden sind hingegen in der Regel gering und von kurzer Dauer. Im Gegensatz dazu sind die immateriellen Kosten für ein Opfer sexueller Gewalt nicht nur bedeutend, sondern dauern in der Regel auch lange fort. Beispiele für die negativen Folgen sind höhere Raten von Depression, Angst, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Essstörungen und posttraumatischem Stress (Mullen und Fleming, 1998).

Eine monetäre Bewertung der immateriellen Kosten kann üblicherweise nur über Durchschnittswerte gelingen. Hierdurch wird das individuelle Leid über- und unterschätzt und bereits der Versuch einer monetären Bewertung des Leids kann aus ethischen Gründen kritisiert werden. Dennoch ist die Alternative, die immateriellen

Kosten aus diesen Überlegungen gar nicht in der Kosten-Nutzen-Betrachtung zu berücksichtigen, sicher noch unbefriedigender.

Aussagekraft von Kosten-Nutzen-Analysen

Kosten-Nutzen-Analysen können ein aussagekräftiges Instrument zur Beurteilung und Ausgestaltung der Präventions- und Kriminalpolitik sein, sie erfordern aber zugleich einen beträchtlichen wissenschaftlichen Aufwand. Hierdurch ergeben sich mögliche Ein- oder Beschränkungen, die für



eine aussagekräftige Interpretation und Ableitung von Handlungsempfehlungen bekannt und berücksichtigt werden sollten.

Die wichtigste Einschränkung in der Aussagekraft entsteht durch fehlerhafte Anwendung, z. B. durch mangelnde Sorgfalt, geringe Erfahrung oder auch bewusste Täuschung (Dossator, 2011). Missbräuchliche Ver- bzw. Anwendung wurde auch von Cohen (2000) oder Welsh und Farrington (2000) angeführt. Der Begriff eines Kosten-Nutzen-Vergleichs bzw. einer Kosten-Nutzen-Analyse findet sich in einer Vielfalt von Studien mit sehr unterschiedlicher Qualität (vgl. Dilulio, 1996), die auch auf fehlende Qualifikation der Anwender in Bezug auf die quantitativen und formalen Kenntnisse zur Modellierung und Schätzung der erforderlichen Modellbausteine zurückzuführen sind. Dies kommt z. B. durch eine fehlende Transparenz oder Diskussion der kritischen Annahmen und Einflussgrößen zum Ausdruck.

Da eine Kosten-Nutzen-Analyse immer nur eine Erweiterung der zugrunde liegenden Evaluation der Programmeffekte ist, können die

ermittelten Kosten-Nutzen-Ergebnisse auch nicht belastbarer als die verwendeten Wirkungsergebnisse sein. Anders ausgedrückt ist jede Kosten-Nutzen-Analyse nur so stark, wie das schwächste Glied in der Kette der Analyseschritte. Wenig belastbare Wirkungsergebnisse schwächen dementsprechend auch die Beurteilung der möglichen Vorteile entscheidend. Weitere Einschränkungen ergeben sich aus den verbleibenden Unsicherheiten im Hinblick auf die ermittelten Kosten und Erträge sowie die Beurteilung ihrer zukünftigen Entwicklung (Cohen, 2000). Diese Unsicherheiten werden dabei umso größer, je schlechter die statistische Basis der Untersuchung ist. Gerade bei kleinen Stichproben werden empirische Artefakte bzw. Fehler durch die Einbindung in die Kosten-Nutzen-Analyse vergrößert. Im Hinterkopf behalten werden sollte zudem der hohe Grad der subjektiven Selektivität der Kosten-Nutzen-Analysen. Die Auswahl der Kosten- und Ertragsgrößen, ihr Einbezug und ihre Beurteilung erfordern viele, durch die Wissenschaftler zu treffende Auswahlentscheidungen. Hier ist insbesondere die Einbindung und Nutzung

der immateriellen Kosten zu nennen. Die Berücksichtigung bzw. Nicht-Berücksichtigung hat deutliche Effekte auf die ermittelten Resultate der Kosten-Nutzen-Analysen. Um die wissenschaftliche Sorgfalt zu gewährleisten, müssen die zugrunde gelegten Annahmen sowie die Begründung derselben offen und transparent gemacht werden. Nur so können die Ergebnisse verschiedener Kosten-Nutzen-Analysen miteinander vergleichbar gemacht werden.

Bedeutung der immateriellen Kosten

Gerade in Bezug auf die Prävention, trägt die Bestimmung der immateriellen Kosten neben den materiellen Kosten als monetäre Größen aus drei Gründen (siehe Cohen, 2000) entscheidend zu einer Versachlichung bei. Erstens ermöglicht sie die Vergleichbarkeit des relativen Schadens oder Leids, der bzw. das durch die Art des Verbrechens oder Vergehens bestimmt wird. Gerade politische Entscheidungsträger sind üblicherweise an Schadens-

vergleichen verschiedener Straftaten (z. B. Eigentumsdelikte oder Körperverletzungen) interessiert. Obgleich die Kriminalstatistik zwar Aussagen über die Anzahl bzw. Häufigkeit der verschiedenen Straftaten erlaubt, können die damit verbundenen Schäden ohne einheitliche Maßkala (z. B. in Euro) aber nicht miteinander verglichen werden. Zweitens können der Gesamtschaden bzw. das gesamte immaterielle Leid durch Kriminalität mit anderen sozialen Problemen bzw. Missständen verglichen werden. Die Betrachtung des Gesamtschadens von Kriminalität (ausgedrückt in Geldeinheiten) im Vergleich mit dem Schaden, der durch andere gesellschaftliche Problemfelder, z. B. Verkehrsunfälle, Rauchen, Umweltverschmutzung oder Arbeitslosigkeit entsteht, hat zunächst keine direkte Politikimplikation (auch wenn die Ergebnisse in dieser Hinsicht missbräuchlich genutzt werden können). Die Feststellung der finanziellen Kosten für die Gesellschaft im Vergleich mit den finanziellen Kosten anderer gesellschaftlicher Aufgaben erlaubt es aber, Kriminalität bzw. ihre Bekämpfung und Vermeidung in angemessener Weise in der politischen Prioritätenbildung zu berücksichtigen. Dies verbessert auch das Bewusstsein für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kriminalität (sicherheitsvermeidung). Der dritte Grund ist zugleich der wichtigste: Nur durch die Ermittlung aller materiellen und immateriellen Kosten und Nutzen entsteht die Möglichkeit, Kosten-Nutzen-Analysen durchzuführen und in der Präventions- und Kriminalpolitik als Entscheidungshilfe zu verwenden. So gibt es eine Vielzahl von präventiven oder Kriminalität reduzierenden Maßnahmen, die von einer öffentlichen Förderung profitieren würden. Allerdings kann der Staat (oder die zuständige Körperschaft) aufgrund begrenzter Mittel immer nur eine Auswahl fördern. Die Bewertung in Geldeinheiten kann hier einen objektiven Ansatz für eine effiziente Kriminalpolitik und Kriminalprävention leisten.

Für die Durchführung von Kosten-Nutzen-Analysen sind in den USA eigene Institute eingerichtet worden, die sich intensiv mit der ökonomischen Bewertung von Kriminalpolitik und Prävention beschäftigen. Sie stellen in systematischer Weise und großem Umfang Informationen, Ergebnisse und Analysen bereit. Beispiele für die Institutionalisierung in den USA sind das *Washington State Institute for Pu-*

blic Policy (WSIPP), Olympia (WA) oder das VERA Institute of Justice, New York (NY), die Kosten-Nutzen-Analysen für verschiedene Justiz- und Präventionsprogramme erarbeiten und veröffentlichen. Im Gegensatz dazu sind vergleichbare Analysen oder auch die Grundlagen einer Evaluationskultur in Deutschland fast nicht vorhanden. Mit der Ausnahme einzelner Forscherteams, die sich im Rahmen von Projektfinanzierungen mit der Ökonomik der Kriminalität auseinandergesetzt haben, fehlen sowohl die systematische Analyse als auch ein kontinuierlicher ökonomischer Dialog in der Kriminologie und Prävention.

Dementsprechend existieren auch große Lücken geeigneter Daten, um die mit den Straftaten verbundenen Kosten möglichst vollständig abzubilden. Neben der unvollständigen Erfassung aller Straftaten, also der Aufhellung des Dunkelfeldes, fehlen üblicherweise auch Kostenordnungsvorgaben bzw. Zuordnungsroutinen in den Strafbehörden, die für eine Abbildung fallbezogener Kosten erforderlich wären. Auch für die Bewertung der immateriellen Schäden, die den direkt Betroffenen und ihren Angehörigen durch Schmerzen, psychisches Leid oder den Verlust von Lebensqualität entstehen, wird zu wenig über die methodischen Herausforderungen und ihre Lösung diskutiert. Hier werden eher grundlegende ethische oder moralische Aspekte einer Kapitalisierung in Geldeinheiten als gesellschaftspolitisch kritischer Punkt angeführt. Da die Ermittlung des monetären Werts des durchschnittlichen statistischen Leids jedoch Gegenstand jeder Unfall- und Haftpflichtversicherung ist, sollte sie auch bei der Beurteilung von präventiven Maßnahmen mit gleicher Sorgfalt einbezogen werden. Insbesondere diese letzten Gesichtspunkte mögen erheblich dazu beigetragen haben, dass bis heute keine systematischen Kosten-Nutzen-Analysen zur Kriminalitätsprävention in Deutschland verfügbar sind. In den Vereinigten Staaten wurden die Schwierigkeiten als wissenschaftliche Herausforderungen erkannt. Die in den vergangenen zwei Dekaden erreichten Fortschritte in der Erfassung, Messung und Schätzung der notwendigen Kostengrößen als monetäre Einheiten könn(t)en – mit einigem Aufwand – auch in Deutschland Anwendung finden, um eine stärker evidenzbasierte Diskussion und Entscheidungsfindung zu erlauben.

Fazit

Durch eine Kosten-Nutzen-Analyse können Präventionsprogramme und die Kriminalpolitik ökonomisch beurteilt werden und so Entscheidungen im Hinblick auf Modifikationen, Ausweitungen oder Einstellungen der Aktivitäten unterstützen (Dhiri und Brand, 1999). Sie sind ein Instrument, das den Vergleich der Vorteile und Nachteile bestimmter Programme oder Interventionen gegenüber alternativen Verwendungen (einschließlich der Option, gar nichts zu tun) erlaubt und hierzu die Vorteile in standardisierten monetären Größen bewertet (Aos, 2002). Wenn sie sorgfältig erarbeitet sind, kann ihre Verwendung im gesellschaftlichen Dialog zu einer Versachlichung und Evidenzbasierung in der Ausgestaltung der Politik beitragen. Wichtig zu unterscheiden ist allerdings, dass eine Kosten-Nutzen-Analyse keine Programmevaluation ist bzw. ersetzen kann. Während die Evaluation Erkenntnisse liefert, ob ein Programm funktioniert und wirksam ist, d. h. bestimmte Ziele erreichen kann, quantifiziert die Kosten-Nutzen-Analyse die erwarteten Kosten und Nutzen.

Dr. Stephan Thomsen ist Professor für Angewandte Wirtschaftspolitik und Direktor des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW) an der Leibniz Universität Hannover
Kontakt: thomsen@niw.de
Gutachten: <http://www.praevencionstag.de/nano.cms/20-dp-gutachten>

Literatur

- Angrist, J., und Pischke, S. (2010): The Credibility Revolution in Empirical Economics: How Better Research Design Is Taking the Con out of Econometrics. *Journal of Economic Perspectives*, 24(2), 3–30.
- Aos, S. (2002): Cost-Benefit Analysis for Juvenile Justice Programs, Program Evaluation Briefing Series No. 4, Justice Research and Statistics Association, Washington (DC).
- Barnett, W. (1993): Cost-Benefit Analysis, in: Schweinhart, L., Barnes, H., und Weikart, D. (Hrsg.), *Significant Benefits: The High/Scope Perry Preschool Study Through Age 27*, Michigan.
- Bundesministerium des Innern (2014): *Polizeiliche Kriminalstatistik 2013*, Berlin.
- Cohen, M. (2000): Measuring the Costs and Benefits of Crime and Justice, *Criminal Justice*, Vol. 4, 263–315.
- Cohen, M., Rust, R., Steen, S. & Tidd, S. (2004): Willingness to pay for crime control programs. *Criminology* 42(1), 89–109
- Dhiri, S. & Brand, S. (1999): *Analysis of Costs and Benefits: Guidance to Evaluators, Crime Reduction Programme Guidance Note 1*, Home Office, London.
- Dilullo, J. (1996): Help wanted: Economists, crime and public policy. *Journal of Economic Perspectives*, 10(1), 3–24.
- Dossetor, K. (2011): *Cost-Benefit Analysis and its Application to Crime Prevention and Criminal Justice Research*, AIC Reports Technical and Background Paper 42, Australian Institute of Criminology, Canberra.
- Mullen, P. & Fleming, J. (1998): Long-term effects of child sexual abuse. *Issues in Child Abuse Prevention*, Australia: National Child Protection Clearing House.
- Welsh, B. & Farrington, D. (2000): Monetary Costs and Benefits of Crime Prevention Programs, in: M. Tonry (Ed.), *Crime and Justice: A Review of Research*, Chicago University Press.